

Mit vereinten Kräften

Gesundheitlich vorzuplanen, macht Sinn, auch wenn man nicht krank ist. Bemühungen, diesen Grundsatz in der Bevölkerung stärker zu verankern, finden nicht nur auf nationaler Ebene statt. Verschiedene Patientenverfügungs-Organisationen haben sich zu diesem Zweck in einer Arbeitsgruppe zusammengeschlossen. Auch EXIT als Wegbereiterin der Patientenverfügung in der Schweiz ist dabei.

Die Organisationen EXIT, GGG Voluntas, Krebsliga, SRK, palliative.ch, Pro Senectute und Dialog Ethik treffen sich mehrmals im Jahr, um sich über die Gesundheitliche Vorausplanung (GVP) in der Schweiz und deren Weiterentwicklung auszutauschen.

Sie alle haben langjährige Praxis-Erfahrung und sprechen mit ihrem Angebot jeweils einen bestimmten Teil der Bevölkerung an. Niederschwellig beraten sie Menschen, die gesundheitlich vorsorgen möchten, zu Patientenverfügungen (PV) und vielem mehr. Den PV-Beratungsorganisationen ist es wichtig, dass Patientinnen und Patienten möglichst lange selbst über ihre Gesundheit bestimmen können. Deshalb wollen sie ihre Synergien nutzen, um die GVP nachhaltig zu verbessern.

Im Vordergrund der Austauschtreffen stehen Fragen zu Qualitätsstandards, zur Sensibilisierung der breiten Bevölkerung für das Thema und wie die gemeinsame Stimme am besten dafür eingesetzt werden kann. Zudem werden relevante regionale und nationale Projekte im Bereich der GVP besprochen. Dadurch, dass einige Vertreterinnen der PV-Organisationen in der nationalen Arbeitsgruppe GVP Einsitz haben, wird auch der Informationsfluss aus dieser Richtung sichergestellt. Umgekehrt haben sich die PV-Organisationen zum Ziel gesetzt, dass ihre gemeinsame Stimme im nationalen

Gremium Gehör findet, damit sie ihre vielfältigen Erfahrungen dort einbringen können. Der medizinische Bereich ist in der nationalen Arbeitsgruppe sehr stark repräsentiert und die GVP-Roadmap des Bundes enthält vor allem theoretische Schwerpunkte. Doch die national erarbeiteten Massnahmen müssen zukünftig dort greifen, wo die Beratungsorganisationen stark sind – in der Praxis. Umso wichtiger ist eine enge Zusammenarbeit der beiden Ebenen.

Pilotprojekt in der Region Basel

In manchen Kantonen ist man in Sachen GVP schon weiter als auf nationaler Ebene. So in Basel-Stadt und Basel-Landschaft, wo eine interprofessionell zusammengesetzte Kerngruppe, in der unter anderem die GGG Voluntas vertreten ist, ein Konzept zur regionalen Implementierung der GVP ausgearbeitet hat. Auf der daraus entstandenen Website (siehe Link unten) können sich Fachpersonen, aber auch die allgemeine Bevölkerung zur GVP ein Bild machen. Zu finden sind generelle Infos, differenziertes Fachwissen, verschiedene Weiterbildungsangebote und für die beiden Kantone geschaffene einheitliche Formulare. Bei diesen Formularen geht es um zusätzliche Dokumente für spezielle Situationen wie z.B. Notfallsituationen. Die Be-

ratungsorganisationen, die wie im Text erwähnt, jeweils einen bestimmten Teil der Bevölkerung ansprechen, haben jeweils eigene Patientenverfügungen und werden diese auch weiterhin verwenden.

Nahezu sämtliche im Bereich der Gesundheitsversorgung tätigen Institutionen und Spitäler, die MedGes Basel, die Ärztesgesellschaft Basel-land sowie die grossen Verbände der Alters- und Pflegeheime Curaviva BS und BL und die kantonalen Spitex-Organisationen tragen das Konzept mit. Sie informieren ihre Mitarbeitenden über die entsprechenden Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und empfehlen, die einheitlichen Formulare zu verwenden.

Zum Erfolg des Konzeptes beigetragen hat ein von Anfang an starkes Netzwerk. Alle Beteiligten waren interessiert daran, regional eine sinnvolle Grundlage zu erarbeiten. Das Basler-Projekt zeigt anschaulich, wie die föderalistische Landschaft in der Schweiz funktioniert. Im besten Fall inspiriert dieses dazu, sich mit guten Synergien gemeinsam auf den Weg zu machen und nicht in allen Regionen völlig unterschiedliche Herangehensweisen zu entwickeln. Die nationale Ebene hat den schwierigen Auftrag, die regionalen Ansätze zusammenzubringen und ohne zu übersteuern einen gemeinsamen Weg zu finden. MD

Weitere Infos Projekt BS & BL: gesundheitsliche-vorausplanung-bb.ch

Verständlich und pragmatisch bleiben

Die Zusammenarbeit der Patientenverfügungs-Organisationen hat viele Vorteile. Jikkeli Bohren, die Geschäftsleiterin der GGG Voluntas in Basel, geht auf die wichtigsten ein.

Wie ist es zum Zusammenschluss der PV-Organisationen gekommen?

Im 2017 fand auf Einladung des Bundesamtes für Gesundheit BAG ein Roundtable «Gesundheitliche Vorausplanung» statt. Ziel war es, das damals vorliegende nationale Rahmenkonzept zu diskutieren und zu überprüfen, ob die konzeptionellen Überlegungen in der Praxis umsetzbar sind. Die PV-Organisationen wurden für Input angefragt, insbesondere auch, um die Schnittstelle zum Thema «Patientenverfügungen» zu klären. Dies war der Startschuss für unsere Zusammenarbeit und die regelmässigen Austauschtreffen, um unsere breiten Praxis-Erfahrungen zu bündeln und bei der Implementierung der GVP einzubringen.

Weshalb ist diese Zusammenarbeit wichtig?

Uns alle zeichnen die niederschweligen Beratungsangebote aus. Jede Organisation hat jedoch eigene Schwerpunkte und Erfahrungen mit Patientenverfügungen. Wenn wir diese an unseren Treffen zusammenfassen und so gemeinsam Stellung nehmen können, haben wir verstärkt Möglichkeiten, uns früher in laufende Prozesse einzubringen, als wenn das jede Organisation einzeln tut. Zum Beispiel haben als Resultat unserer Austauschtreffen drei Teilnehmerinnen aus unserer Arbeitsgruppe nun ständigen Einsitz in die nationale AG GVP. Die Informationen fliessen jetzt direkt – von den Austauschtreffen zu den Vertreterinnen der nationalen AG und umgekehrt.



Wie sorgen die Beratungsorganisationen dafür, dass ihre gemeinsame Stimme auch gehört wird, insbesondere in der nationalen AG GVP?

Dank unserer langjährigen Beratungstätigkeit haben wir einen grossen Praxisbezug. Dadurch können wir den Vertreterinnen der nationalen AG GVP anhand von konkreten Beispielen weitere Lösungsansätze aufzeigen. Ausserdem sind vereinzelte Beratungsorganisationen in Subgruppen der nationalen AG GVP vertreten und können sich dort auch nochmals gezielt einbringen.

Was war für Sie die wichtigste Erfahrung bei der Erarbeitung des GVP-Konzeptes im Raum Basel?

Für uns war es wichtig, dass alle regionalen Stakeholder von Beginn an in das Projekt miteinbezogen sind. Zum Beispiel wurden die Formulare der GVP unter Einbezug von Fachpersonen aus Spitälern, der ambulanten Gesundheitsversorgung und den Alters- und Pflegeheimen entwickelt

und gemeinsam in eine einheitliche Form gebracht. Allen Beteiligten war und ist es wichtig, dass das Konzept praktikabel umgesetzt wird und die Ergebnisse daraus – die eigene Website, einheitliche Formulare und ein zur Verfügung stehendes E-Learning – breit getragen werden.

Wie können sich die PV-Organisationen am besten für die Zukunft wappnen im Bereich GVP?

Die PV-Organisationen sind gefordert, sich den mit der GVP verbundenen Herausforderungen zu stellen. Die Einbindung der Patientenverfügung unter dem GVP-Dach sollten wir weiterhin aktiv mitverfolgen und mitgestalten, was ein gewisses Mass an personellen Ressourcen erfordert. Zudem sollten die PV-Organisationen in der Lage sein, Menschen über eine längere Zeit zu begleiten, um mit ihnen die entsprechenden GVP-Dokumente anzupassen, insbesondere, wenn sich der Gesundheitszustand oder die Behandlungswünsche verändern. Über unsere Beratungstätigkeit zur Patientenverfügung sensibilisieren und informieren wir die Bevölkerung zur gesundheitlichen Vorausplanung. Die Herausforderung dabei ist, verständlich und pragmatisch zu bleiben. Ein Gespräch mit Angehörigen zu Wünschen, Hoffnungen und Erwartungen bei einer Erkrankung kann im Sinne der gesundheitlichen Vorausplanung schon sehr hilfreich sein.

INTERVIEW: MURIEL DÜBY